

«KLIMASCHUTZ JETZT, DENN NICHTS TUN IST KEINE OPTION!»

DAMIAN MÜLLER, STÄNDERAT DES KANTONS LUZERN, HITZKIRCH

Damian Müller ist unter anderem Mitglied der Umwelt-, Raumplanungs- und Energiekommission des Ständerates. Er war eine treibende Kraft hinter dem CO₂-Gesetz und stellte sich erfolgreich gegen Verbote. Im Liberal nimmt er Stellung zur aktuellen Vorlage.

[Damian Müller, wieso soll ich für das CO₂-Gesetz stimmen?](#)

Damian Müller: Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit

die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1.5°C begrenzen kann. Das CO₂-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Ich bin Teil der jüngeren Hälfte der Bevölkerung in unserem Land und gehöre zur ersten Generation, welche die Auswirkungen des Klimawandels ganz direkt spürt. Ich bin aber auch aus der letzten Generation, welche die Klimakrise abwenden kann. Deshalb sehe ich es als Pflicht, mich für einen gesetzlichen



«
IM ZENTRUM
STEHT DAS
VERURSACHER-
PRINZIP!

Damian Müller, Ständerat

Rahmen zu engagieren, der uns dazu bringt, dass wir uns umweltfreundlicher verhalten. Und dies ohne, dass unsere persönlichen Freiheiten beschnitten werden. Genau das erfüllt das neue CO₂-Gesetz. Ich engagiere mich für dieses neue Gesetz, weil mir das die Natur wert und nichts tun keine Option ist. Hinzu kommt, dass wir die Chancen, die sich aus der sowieso notwendigen Transformation auch für die Wirtschaft ergeben, umso besser nutzen können, je weiter vorne wir mit dabei sind. Sonst schnappen sie sich andere Länder.

Nachdem die erste Version im Nationalrat gescheitert ist, haben Sie das Heft an die Hand genommen. Haben Sie das Gesetz verbrochen?

Ja, wir haben das Heft in die Hand genommen, weil uns der Klimaschutz wichtig ist. Der Ständerat hat das Fundament gelegt – wer wie viel dazu beigetragen hat, ist nicht wichtig. Fakt ist, wir haben hart verhandelt und können parteiübergreifend hinter einem soliden und typisch schweizerischen Kompromiss stehen. Im Zentrum des CO₂-Gesetz-Kompromisses steht das Verursacherprinzip. Individuelle Verantwortung bedeutet, dass sich jede und jeder bewusst ist, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, insbesondere für zukünftige Generationen. Allerdings sind die Folgen einzelner Handlungen meist nicht immer sofort ersichtlich, da keine Kostenwahrheit besteht. Deshalb wird mit dem CO₂-Gesetz die Kostenwahrheit gestärkt: wer mehr Ressourcen auf Kosten der nächsten Generationen verbraucht, erhält ein Preisschild, und zahlt entsprechend mehr. Der Ausstoss von CO₂ verursacht Kosten. Bisher gehen diese noch zu Lasten der nächsten Generationen. Dank des CO₂-Gesetzes werden sie neu durch die heutigen Verursacher ausgeglichen. Diese Kostenwahrheit ist für mich aus liberaler Sicht ein zentrales Element des neuen Gesetzes. Das Gesetz mit seinem Rückverteilungsmechanismus ist clever aufgebaut: Auf eine typische vierköpfige Familie können im Jahr 2030 Zusatzkosten von rund 8.30 Franken pro Monat zukommen. Das ist im Sinne einer generationenübergreifenden

Verantwortung verkraftbar. Wir müssen aufhören, auf Kosten der jüngeren Generationen Schuldenberge anzuhäufen. Und wählt diese Familie in den nächsten Jahren ein Elektroauto, reduziert sich dieser Betrag. Reist sie nicht per Flugzeug in die Ferien oder heizt sie CO₂-frei, erhält die Familie sogar mehr Geld zurück, als sie bezahlt.

Bedeutet umweltfreundliches Verhalten auch mehr Kosten?

Im Gegenteil! Wer keinen Schaden verursacht, muss auch weniger zahlen. Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Individuelle Verantwortung bedeutet, dazu zu stehen, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, die in diesem Fall vor allem zukünftige Generationen betreffen. Konkret bedeutet dies, dass «wer mehr verschmutzt, mehr zahlt». Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen, profitieren. Gleichzeitig werden über den Klimafonds Gebäudesanierungen und der Heizungsersatz finanziell gefördert. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Unter dem Strich folgt daraus, dass die Landbevölkerung vom CO₂-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren schädlichen Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

Vielen geht dieses Gesetz aber viel zu weit. Nehmen wir nur die 12 Rappen, die das Benzin nach Annahme der Vorlage mehr kosten wird.

Dieser Aufschlag, mit dem die Erdöllobby nun Werbung gegen das Gesetz macht, ist reine Angstmacherei und obendrein noch falsch. Natürlich sieht das neue Gesetz eine Erhöhung auf den Treibstoff vor. Aber dieser Aufschlag ist keine Steuer. Es handelt sich um einen Maximal-Betrag, den die Treibstoffhändler den Konsumenten verrechnen dürfen, um damit ihre Kompensation des CO₂-Ausstosses zu finanzieren. Das Geld geht also nicht an den Staat, sondern an die Benzinverkäufer und diese haben es sogar noch in der Hand,

freiwillig darauf oder auf einen Teil davon zu verzichten. Wie unglaublich die Drohung der Erdöllobby ist, zeigt der Blick auf heute. Heute beträgt der Aufschlag nur 2 Rappen, möglich wären 5. Bis Ende 2025 könnte der Benzinpreis um 10 Rappen ansteigen, aber nur dann, wenn die Treibstoffhändler selbst das so wollen.

Doch 12 Rappen pro Liter bleiben ein stolzer Betrag.

Zunächst. Der Aufschlag gegenüber heute wären wie gesagt maximal 10 Rappen. Und schauen wir diesen Betrag einmal etwas genauer an und gehen wir von einem Auto aus, das 8 Liter auf 100 km verbraucht und mit dem 15'000 Kilometer jährlich gefahren werden. Dieses Auto verbraucht in einem Jahr 1200 Liter fossilen Treibstoff. Kostenmässig macht das eine Zusatzausgabe von 120 Franken aus, monatlich sind das 10 Franken, Abgesehen davon, es ist immer die Erdölbranche, die über die Preise der fossilen Treibstoffe entscheidet. Und es diese Branche, die das Geld dann in die Ölstaaten zurückschüttet. Ausserdem nimmt das Gesetz auch die Autoverkäufer in die Pflicht. Neue Fahrzeuge müssen künftig benzinsparender sein. Im Durchschnitt werden sie 2030 noch halb so viel Sprit verbrauchen wie heute. Braucht das neue Auto also noch die Hälfte, kauft man 600 Liter weniger Treibstoff und spart sicher 900 Fr jährlich. Der Aufschlag wird also mehrfach kompensiert. Die Treibstoffkosten sinken dank dem CO₂-Gesetz. Übrigens sagt auch der TCS Ja zum CO₂-Gesetz.

Das ist doch reiner staatlicher Dirigismus, der es auf die Portemonnaies seiner Bürger abgesehen hat. Und Sie Herr Müller werden nicht müde zu betonen, dass dieses Gesetz ein liberales Gesetz ist.

Genau, es ist ein liberales Gesetz! Es setzt nicht auf Verbote, sondern auf Anreize, die dafür sorgen, dass sich klimafreundliches Verhalten finanziell lohnt. Niemand sagt, man muss etwas Bestimmtes tun. Wenn die Treibstoffhändler entscheiden, den Autofahrern einen Aufschlag zu verrechnen, hat das nichts mit staatlichem Dirigismus zu tun. Auch nach der Annahme des neuen CO₂-Gesetzes sind wir frei zu entscheiden, ob wir ein Diesel- oder Benzin- Auto fahren wollen oder ob wir auf ein energiesparendes E-Mobil umsteigen. Wir sind auch frei, mit dem Zug in die Ferien zu fahren, statt zu fliegen. Man muss einfach bereit sein, für einen höheren CO₂-Ausstoss auch mehr zu bezahlen.

Reduziert dieses Gesetz die Abhängigkeit von fossilen Energien?

Ja. Das CO₂-Gesetz hilft unserer Bevölkerung und Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO₂-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht-fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

Der Klimafonds wird zum Moloch?

Der Klimafonds ist verursachergerecht, liberal und beschleunigend. Er finanziert sich aus den verursachergerechten Abgaben. Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche



Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49% der Flugticketabgaben können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO₂-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

Die Unternehmen werden ebenfalls belastet?

Auch für Unternehmen gibt es eine CO₂-Abgabe. Für KMU besonders wichtig ist eine Neuerung im totalrevidierten CO₂-Gesetz: sie können sich neu ebenso wie grosse Unternehmen, von der CO₂-Abgabe befreien lassen, wenn sie freiwillig bei sich wirtschaftlich lohnende Massnahmen zur Reduktion ihrer CO₂-Emissionen ergreifen.

Hand aufs Herz, die Schweiz ist doch viel zu klein, um etwas am weltweiten Klimawandel zu verändern.

Dieses Argument höre ich oft. Aber es ist so gut, wie der Verzicht darauf, Steuern zu zahlen, weil die eigene Steuerrechnung im Vergleich zum gesamten Steueraufkommen verschwindend gering ist. Wir haben uns gemeinsam mit über 190 Staaten dazu verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten, und diese gemeinsame, weltweite Anstrengung wird den notwendigen Wandel bringen, ob mit oder ohne uns. Falls es ohne uns passiert, werden andere Länder die Innovationen entwickeln, die es dazu braucht, wir werden am Ende doch noch klein begeben müssen, die Chancen nutzen aber die anderen. Zudem stärkt das neue CO₂-Gesetz den Ruf der Schweiz als zuverlässiger Partner und verantwortungsvolles, sowie umweltorientiertes Land mit einer starken und innovativen Umweltindustrie. Das schafft mehr und interessante Arbeitsplätze. Und Hand aufs Herz – ich investiere das Geld lieber für ein besseres Klima, sowie Innovation und Technologie in der Schweiz, als Milliarden ins Ausland zu schicken.

DAS CO₂-GESETZ IN KÜRZE

Klimaschutz JA!

Klimaschutz heisst Ja zum revidierten CO₂-Gesetz. Alle Sektoren (Gebäude, Industrie, Mobilität, Finanzplatz) handeln gemeinsam. Wer künftig wenig fossile Energie verbraucht, profitiert als Privatperson, Familie oder Firma. Das ist fair, schafft Arbeitsplätze und die Schweiz wird unabhängiger von Erdöl-, Gas- und Kohleimporten. Ein entscheidender Schritt, damit auch die künftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft haben.

Das CO₂-Gesetz ist hart erarbeitet worden. Bevor National- und Ständerat im Herbst 2020 mit deutlichen Mehrheiten JA sagen konnten, gab es Tränen, Frust, Demos und viel, viel Arbeit.

Bundesrat, Parlament, fast alle Parteien, führende Klimawissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler, die Wirtschaft, über 100 Klimaschutz-Organisationen und engagierte Menschen und bekannte Persönlichkeiten aus allen Regionen der Schweiz sagen:

JA – Gemeinwohl steht über Sonderinteressen:

Wir handeln gemeinsam und fair.

JA – Clevere Massnahmen jetzt ergreifen lohnt sich:

Abwarten wird teuer und riskant.

JA – Saubere Luft, weniger Lärm:

Klimaschutz ist gut für unsere Gesundheit.

JA – Wir übernehmen Verantwortung für die künftigen Generationen.

Wir stimmen am 13. Juni 2021 über das CO₂-Gesetz ab, weil die Erdöl-Lobby dagegen das Referendum ergriffen hat.



**ES WIRD NIEMAND
IN SEINER FREIHEIT
BESCHRÄNKT. AUCH
MEIN MÜLLERMOBIL
BLEIBT AUF DER
STRASSE.**

Damian Müller,
Ständerat

